

Erscheint wochentlich 12mal mit illust. Sportblatt. Illust. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Wochenblatt“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BILD“, „Musik“, „Reizspiegel“, „Fik“, „Haus Hof Garten“, „Jede Woche durch die Hauptposten in die Postanstalten in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition möglich. Einmal monatlich im Falle höherer Gewalt, der Schweiz, auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin in absonderl. man bei der Haupt- und Postdirektion SW 100, Rudolf-Mosse-Platz 1, Tel. 481. Die Anfertigung von Anzeigen zu bestimmten Tagen, in bestimmter Ausgabe oder an bestimmte Stellen wird gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf-Mosse-Platz 1, Tel. 481. Filialen: Baden: 15, Dillbecker Str. 69, Pommern: 1, Fildorfer Str. 1, Kockhanstr. 9, Königsberg: 15, Köpcke-Str. 6/8, Meiningen: 1, Müllerer Str. 155, Potsdam: 1, Bismarck-Str. 35, Tübingen: 1, W. G. Charloisweg 2, Schöneberg: 1, Altes Rathaus 144, Scharrenstr. 50, Tarnowstr. 2, Copenick: Kaiserdamm 30, Kanitz: 84, Nürnberg: 1, 25, 26, Wald-Lehmann-Platz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichtenfelde: West: Carlar 12; Neukölln: Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 374, Martin-Luther-Str. 2; Köpenick: Oranienburger Str. 24; Tempelhof: Berliner Str. 167; Treptow: Gröbenstr. 47; Wilmersdorf: Berliner Allee 347 (Antonplatz); Wilmersdorf: Bahnhofsdrumme 156, Kaiserplatz 1; Umland: 88, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidter Str. 2, Frankfurt a. d. Oder: Regierungstr. 48; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31. Druck und Verlag: Rudolf-Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

59. Jahrgang * Nr. 470

und Handels-Zeitung

Sonntag, 5. Oktober 1930

Missverständener Schopenhauer.

T. W. Am Vormittag des 3. Oktober 1929 hatte Stresemann noch in einer Sitzung der volksparteiellen Reichstagsfraktion einen schweren Kampf zu halbwegs günstigem Ende geführt. Es handelte sich auch damals um die Arbeitslosenversicherung, und es war Stresemann schließlich gelungen, seine Partei zur Stimmenthaltung zu bewegen und so die opponierende Mehrheit, die durch ein Nein die Kabinettskrise provozieren wollte, von ihrer scharfen Haltung abzubringen. Er war in vorzüglicher Stimmung, sagte scherzend seiner Gattin, die einige Freunde zum Bridge bei sich hatte, er lege sich ins Bett, und sie möge die ganze Gesellschaft grüssen, und der Pflegerin, er habe sich heute einen guten Schlaf verdient. Ueberhaupt war er gerade in dieser Zeit sehr optimistisch gewesen, hatte oft davon gesprochen, was er nach seinem Rücktritt, der sofort der Rheinlanddrängung folgen sollte, unternehmen werde, und keinerlei düstere Ahnung hatte ihn bedrückt. Jetzt, als er ausruhend im Bett lag, liess er sich den Papegai bringen, der immer in seinem Schlafzimmer bleiben musste und mit dem er sich in den Stunden der Entspannung gern unterhielt. Wie gewöhnlich sich behaglich auf, als ihm sein Herr mit einem polierten Holzstab den geflederten Rücken strich: In diesem Augenblick meldete der Diener den Besuch des Ministers Curtius an. Als Curtius eintrat, empfing ihn der Papegai mit einer unparlamentarischen Begrüssung, die einen aufrichtigen Fremden des Hausherrn gegenüber besonders unpassend war. Die Unterhaltung zwischen Stresemann und Curtius, in die sich der auf dem Bett hockende Vogel nicht weiter einmischte, war um so unbeschwerter, da beiden nach der Fraktionsscheidung, durch die Sturz der Regierung und Spaltung der Partei verhindert wurden, der Himmel wieder heiter schien. Kein gespenstischer Schatten schritt durch den Raum. Als Curtius sich verabschiedet hatte, erhob sich Stresemann. Er wollte sich nun für die Nachtruhe zurechtmachen, aber beim Gurgeln fiel ihm plötzlich das Glas aus der Hand. Es war nicht nur Ermüdung, wie im ersten Moment die Pflegerin glaubte, und Stresemann, auf sein Lager getragen, konnte nur noch einmal den Namen „Zondeck“ hervorstossen — der Arzt sollte kommen. Die Aerzte kamen, die Gattin und die Söhne sassen am Bett des Bewusstlosen, nicht mehr Erwachenden, um fünf Uhr morgens war Stresemann tot. Am Sonntag, dem 6. Oktober begrub man ihn. Deutschland trauerte, niemals habe ich bei einer Leichenfeier so viele persönlich unbeteiligte Menschen weinen gesehen, wie damals in den Strassen, durch die der Zug mit dem Sarge Stresemanns ging. Es ist sehr schade, dass man nicht feststellen kann, wie viele von denen, die in Ergriffenheit über den Tod Stresemanns weinten, jetzt, wieder in einer unwiderstehlichen Seelenneigung und gezogen von der Strömung, Hitlerwähler gewesen sind. Die römischen Spiessbürger Shakespeares schreien auf dem Forum abwechselnd: „Es lebe Brutus!“ und „Steckt des Brutus' Haus in Brand!“ Von solchen Römern haben wir eine grosse Zahl.

HOOVER und EUROPA

Die Stellung Amerikas zum Schulden- und Reparationsproblem.

(Funktelegamm unseres Korrespondenten)

WASHINGTON, 4. Oktober. Die Rede, die der Präsident Hoover gestern vor der American Bankers Association in Cleveland gehalten hat, zeigt die bekannte Tendenz, Optimismus zu verbreiten, welche die Aeusserungen von Regierungseite seit dem vorigen November beherrscht. Ihre besondere Bedeutung liegt aber darin, dass sie Hoover in vollkommener Uebereinstimmung mit dem orthodoxen Republikanismus und seiner Auffassung der wirtschaftlichen Lage zeigt. Hoover hat in Cleveland den verstärkten Hochschutzzoll gedekretiert. Er hat sich ferner scharf gegen die auch sonst in Wall Street nicht seltene Auffassung eines hervorragenden Mitgliedes der Bankers Association gewandt, dass die Anpassung des Lebensstandards Amerikas an die internationalen herbeizuführen. Ausserdem unvermeidlich sei, um das Herabsetzen wirtschaftliche Gleichgewicht und damit die Gesundung herbeizuführen. Ausserdem hat er steuerliche Zugeständnisse und Erleichterung der Manipulation des Kapitals in Aussicht gestellt. Besonders auffallend ist der Teil seiner Ausführungen, in dem er die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von dem Ergehen der Umwelt betont und die These aufstellt, dass bei Wiederherstellung der vollen Konsumkraft des inneren Marktes die Produktion Amerikas bis auf drei Prozent im Inlande abgesetzt werden könne. Aus diesen Thesen, jeder einzelnen und ihrer recht in ihrem Zusammenhang, ergibt sich, dass sich Hoover im Gegensatz zu der internationalen Betrachtung der nationalen Wirtschaftsschwierigkeiten, welche die Grossfinanz von Wall Street amerikanischen Industrie und der mit ihr verwachsenen Finanzwelt gegenüber dem Schutz der heimischen Erzeugung und dauernder Steigerung des inneren Verbrauchs die Beziehungen dieses riesigen Wirtschaftskörpers zu seiner Umwelt für sekundär halten. Dieser Auffassung kommt jene Prozenzziffer, die Hoover als Beweis für Amerikas Autarkie gibt und die gewiss statistisches Interesse hat, weit entgegen. Die Ausführungen Hoovers geben einen passenden Hintergrund zu den deutlichen Winken, die in den letzten Wochen aus Washington ergangen sind,

das Amerika durchaus nicht bereit sei, irgendeine Wiederaufrholung des Schuldenproblems oder des Reparationsproblems zu erleichtern. Es ist kein Geheimnis, dass man hier sehr wenig erfreut ist, diese Probleme, die vor wenigen Monaten erst mit den gewichtigen Unterschriften unter den Young-Plan aus der Welt geschafft sein sollten, nun wieder auftauchen zu sehen. Man ist hier weniger denn je geneigt, eine Verbindung zwischen alliierten und Reparationen zuzugeben. Es ist naheliegend, dass die Alliierten wünschen, sich ihrer Verpflichtungen gegenüber Amerika zu entledigen, indem sie deutsche Schwierigkeiten verschoben und die Last des Zerfalls des Young-Plans auf Deutschland schieben. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum Deutschland als Kugelfang für den Unwillen dienen sollte, den eine Schuldenstreichungsaktion jedenfalls in Amerika bei seiner heutigen Lage und der Stimmung, die Hoover selbst repräsentiert, erregen würde. Wenn angesichts der Finanzlage des Reiches ein Schritt notwendig wird, dann kann er nur auf dem Wege erfolgen, die vom Young-Plan für einen solchen Fall vorgezeichnet sind. Es würde aber jedenfalls fatale Wirkungen haben, wenn in Washington und Wall Street der Eindruck entsteht, dass ein Entschluss der deutschen Regierung, ein Moratorium oder ähnliches zu verlangen, wesentlich das Ergebnis eines Druckes wäre, den irgendeine oder mehrere parlamentarische Gruppen lediglich aus taktischen Gründen und in Vorbereitung baldiger Neuwahlen auf sie ausüben. Jeder Versuch zur Erlangung eines Moratoriums oder gar einer „Revision“, der den materiellen oder moralischen Kredit Deutschlands schädigt, ist bereits in den Anfängen verfehlt. Die Unantastbarkeit der deutschen Unterschrift ist die Vorbedingung für unsere wirtschaftliche Weltgeltung, und wie weit sie besteht, dafür hat Amerika heute mehr als jedes andere Land die „Schlüsselstellung“.

Kreditbelebung, die Besserung des Arbeitsmarktes sein. Da das, was gesagt, ein etwas langer Umweg ist, und da unbedingt vor dem Winterbeginn der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit energisch aufgenommen werden muss, wenn man nicht andere Kämpfe erleben will, so muss das Kabinetts Brünning ohne Säumen in einem zweiten Programm, oder in einem Anhang zum ersten, die Mittel festsetzen, durch die sich in weitem Umfang die Arbeitsbeschaffung ermöglichen lässt. Das kann durch die Arbeitsstreckung, die von der Gewerkschaft der Metallarbeiter in kollegialem Gemeinschaftsinn, unter Verzicht auf den Ueberlohn, beantragt und von den Industriellen abgelehnt wurde, oder nach anderen Plänen geschehen, aber es darf nicht kleinlich, nicht bürokratisch, es muss sofort und, ein deutsches Lieblingswort — hoffentlich nicht nur Ausdruck unbegründeter Eitelkeit — anzuwenden, „grosszügig“ geschehen. Vorläufig haben wir nur das Finanzprogramm, mit dessen Durchführung, zweite Stufe der Entwicklung, nach Meinung der Sachkenner im Inlande und im Auslande eine Periode wirtschaftlicher Erholung für Deutschland beginnen wird. Man trifft sogar Optimisten, die für diesen Fall neuer und verstärkter Kreditfähigkeit das Horoskop noch weit günstiger stellen. Wie dem nun auch sein möge, niemand, der es mit dem Staat und der Wirtschaft ernst meint, kann bestreiten, dass durch das Programm das Finanzchaos beendet, eine feste Basis geschaffen wird, und dass, wenn Staat und Wirtschaft leben sollen, diese Basis geschaffen werden muss. Also müssten, sollte man glauben, alle, die ein Interesse an der Wiederbelebung der Wirtschaft haben, selbst wenn ihnen der Staat weniger am Herzen liegt, sich zur schleunigen Durchsetzung des Regierungsprogrammes, mit diesen oder jenen Änderungen, zu-

sammentun. Aber bisher war gerade bei den sogenannten Politikern der Wirtschaft nichts dergleichen zu sehen. Der Bäckermeister Dreywitz, der Herr Justizminister Bredt und ihre Wirtschaftspartei und die anderen Rechtsgruppen der Regierungskoalition scheinen nicht danach zu fragen, ob das Programm aus der Krise herauszuführen, die Bedingungen für einen neuen Aufschwung schaffen, dem deutschen Volke, der Industrie, dem Handel, dem Kleingewerbe und der Landwirtschaft zu einer Besserung ihrer Lage verhelfen kann, sondern der Gedanke, dass diese für sie alle notwendigen und vielerlei Aussichten eröffnende Finanzanierung nicht mit Unterstützung der Sozialdemokratie verwirklicht werden dürfte, ist, oder war doch bis jetzt das einzige, was sie bewegt. Das allerneueste Beispiel für diese Art, das Wohl des eigenen Kreises und der Gesamtheit zu fördern, ist die „Entscheidung“, die eine der Regierungsgremien, die „Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei“, angenommen hat. Die Partei lehnt „eine Regierung, die marxistisch beeinflusst ist, oder auch nur von den marxistischen Parteien geduldet wird“, stolz und entschieden ab. Man braucht nicht mehr die Thorheit des Schlagwortes „Marxisten“ zu konstatieren, das einer dem anderen nachhüllt und bei dem sich der eine gar nichts und der andere den Satan denkt. Aber das Programm des Reichskanzlers Brünning, um das es sich heute handelt, ist doch gewiss nicht marxistisch, einige Rechtsblätter haben es sogar als antimarxistisch bezeichnet, es ist sehr vorteilhaft für Bauern und Landvolk, und trotzdem kann kein guter Mensch für die Regierung sein, wenn die Sozialdemokratie auch nur durch „Duldung“ das Reformwerk geschehen lässt. Dass die